

Die Berlinkrise 1958 bis 1963

Zeithistorische Studien

Herausgegeben vom Forschungsschwerpunkt
Zeithistorische Studien Potsdam

Band 5

Michael Lemke

Die Berlinkrise 1958 bis 1963

Interessen und Handlungsspielräume
der SED im Ost-West-Konflikt



Akademie Verlag

Der Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien ist eine Einrichtung der Förderungsgesellschaft Wissenschaftliche Neuvorhaben mbH München, die von der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft e.V. zur Betreuung von sieben geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkten gegründet wurde.

Gedruckt mit Unterstützung der Förderungsgesellschaft
Wissenschaftliche Neuvorhaben mbH

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Lemke, Michael :

Die Berlinkrise 1958 bis 1963 : Interessen und
Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt /

Michael Lemke. – Berlin : Akad. Verl., 1995

(Zeithistorische Studien ; Bd. 5)

ISBN 3-05-002684-7

NE: GT

© Akademie Verlag GmbH, Berlin 1995

Der Akademie Verlag ist ein Unternehmen der VCH-Verlagsgruppe.

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Das eingesetzte Papier entspricht der amerikanischen Norm ANSI Z.39.48 – 1984
bzw. der europäischen Norm ISO TC 46.

Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in andere Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Photokopie, Mikroverfilmung oder irgendein anderes Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsmaschinen, verwendbare Sprache übertragen oder übersetzt werden.

Satz: Dörlemann-Satz, Lemförde

Druck: GAM Media GmbH, Berlin

Bindung: D. Mikolai, Berlin

Printed in the Federal Republic of Germany

Inhalt

| | |
|---|----|
| Vorwort | 9 |
| Einleitung | 11 |
| Kapitel 1 | |
| Die nationale Frage und die deutsche Wiedervereinigung nach der Verkündung der Zwei-Staaten-Theorie | 21 |
| 1. Der Charakter und die Ziele der SED-Deutschlandpolitik nach 1955 | 21 |
| 2. Das Konstrukt einer deutschen Konföderation | 29 |
| Kapitel 2 | |
| Politische Interessen und Entscheidungsfreiräume der SED im Spannungsfeld von sowjetischer Vormacht und westlicher Anziehungskraft nach 1955/56 | 36 |
| 1. Konstanten und Variablen im Verhältnis zwischen der DDR und der Sowjetunion nach 1955/56 | 36 |
| 2. Der begrenzte Rückzug der UdSSR aus der ostdeutschen Administration | 42 |
| 3. Die „Republikflucht“ als ostdeutsch-sowjetisches und als Bündnis-Problem | 46 |
| 4. Das „Schaufenster“ DDR zwischen sowjetischen Wirtschaftsinteressen, „Überholpolitik“ der SED und westdeutschem „Magnetismus“ | 50 |
| 5. Die Kündigung des Interzonenabkommens und ihre Auswirkungen auf die krisenhafte Situation in der DDR 1960/61 | 58 |
| 6. Die widersprüchliche Kooperation von SED und KPdSU bei der „Störfreimachung“ und das Scheitern des „Überhol“-Konzeptes der SED 1960/61 | 63 |

| | |
|---|----|
| 7. Ergebnisse und Auswirkungen der Politik der „Störfreimachung“ auf die Entwicklung von Entscheidungsfreiräumen für die SED nach dem 13. August 1961 | 69 |
| 8. Das Spannungsverhältnis zwischen der SED und ihren europäischen Bündnispartnern | 72 |
| 9. Motive, Initiativen und Spielräume der SED im RGW | 82 |

Kapitel 3

| | |
|---|-----|
| Die Position der SED zur Berlinregelung und zum Abschluß eines Friedensvertrages bis zum Mauerbau 1958–1961 | 93 |
| 1. Der politische Bedeutungswandel von Friedensvertrag und Wiedervereinigung im Konzept der SED seit 1949 | 93 |
| 2. Die Ausgangslage: Berlinstatus und Ansprüche der SED | 96 |
| 3. Das Ultimatum: Ostberliner Vorspiel und internationale Wirkung | 99 |
| 4. Das Ultimatum: Östliche Hintergründe und Ziele | 102 |
| 5. Die Berlinambitionen der SED zwischen sowjetischen Verheißungen und ost-westlicher Konfliktrealität | 108 |
| 6. Die Genfer Außenministerkonferenz: Internationale Vorgefachte und die Planungen und Kontakte der SED | 119 |
| 7. Die Genfer Außenministerkonferenz: Sowjetische SED-Direktiven contra westliche Verhandlungsstrategien | 129 |
| 8. Ein Genfer Nach- und Vorspiel: Camp David, Paris und die Wünsche der SED | 138 |
| 9. Die Zuspitzung der Krise in der DDR und temporäre östliche Entspannungsimpulse | 145 |
| 10. Der Dissens zwischen der Sowjetunion und der DDR über Berlin im zweiten Halbjahr 1960 | 149 |
| 11. SED-Berlinplanungen unter Zeitdruck und neue ostdeutsch-sowjetische Dissonanzen | 154 |
| 12. Das Scheitern ost-westlicher Krisenregelungsversuche im Sommer und Herbst 1961 | 158 |
| 13. Die SED im Vorfeld der „Mauer“. Der Sommer 1961 | 161 |
| 14. Ein Versuch in letzter Minute? Die Gespräche Chruschtschow-Fanfani am 2. und 3. August 1961 | 166 |
| 15. Der 13. August der SED und seine unmittelbaren Folgen | 169 |

Kapitel 4

Die Position der SED zur Berlinregelung und zum Friedensvertrag nach dem Mauerbau 1961–1963 173

1. Der neue Berlinvorstoß Ulbrichts im Schutz der Mauer im Herbst 1961 und die sowjetische Reaktion 173
2. Die forcierte Berlinplanung der SED im Kontext westlicher Unsicherheiten und Ost-West-Sondierungen 180
3. Solidaritätsansprüche und neue offensive Ansätze im politischen Kurs der SED-Führung versus sowjetische Versuche zur „Dämpfung“ 186
4. SED und Bundesregierung im Konflikt mit der „Zufahrtsbehörde“ und anderen alliierten Vorstellungen 190
5. Die Auswirkungen der internen Bonner Differenzen und des Kubakonflikts auf die Politik zu Berlin und zum Friedensvertrag 196
6. Chruschtschows berlinpolitische Korrekturansätze und die „verordnete“ Passierscheinpolitik der SED-Führung 200
7. Die neuen Maximalforderungen der SED zu Berlin in der Auseinandersetzung mit der veränderten sowjetischen Interessenlage 207
8. Deutsche Initiativen im Kontext sowjetisch-amerikanischer Entspannungspolitik 215
9. Die Position von SED und Bundesregierung zum Atomteststop-Abkommen und zur Nichtweitergabe von Kernwaffen 1963 220
10. Die informelle Struktur der ostdeutsch-sowjetischen Kooperation im Konflikt um Berlin und den Friedensvertrag 225

Kapitel 5

Die deutsche Frage, die Wiedervereinigung und die innerdeutschen Beziehungen in der Berlinkrise 228

1. Deutsche Perspektiven, „transzendente“ Einheitsvorstellungen und realer Abgrenzungskurs der SED 228
2. Veränderungen in der Struktur und Organisation der SED-Westarbeit 233
3. Die Präzisierung der Feindbilder der SED-Führung und die Modifizierung des Klassenkampfschemas 237
4. Akzentverschiebungen in der Westarbeit der SED nach 1960: Von der SPD zum Bürgertum 240
5. Die Entwicklung, die Ziele und die Methoden der SED-Kontaktpolitik im Berlinkonflikt und bundesdeutsche Reaktionen 243

| | |
|--|-----|
| 6. Politische Sondierungen und Infiltrationsversuche der SED in der Wechselbeziehung mit den Interessen westdeutscher Organisationen | 249 |
| 7. Die politischen Offerten der SED-Führung an die Bundesrepublik und die deutschlandpolitischen Korrekturversuche Adenauers | 253 |
| 8. Die politisch-ideologische Offensive der SED bei der Bundestagswahl 1961 | 259 |
| 9. Innerdeutsche Konflikteskalation und die ersten Versuche einer Schadensbegrenzung 1962 | 263 |
| 10. Die internen Kontakte zwischen Politbüro und Bundesregierung im Spätsommer 1962 | 269 |
| Fazit | 274 |
| Personenregister | 292 |

Vorwort

Die Wiedervereinigung und die allmähliche Konstituierung einer gesamtdeutschen Forschung haben die politischen wie fachspezifischen Grundlagen geschaffen, um die nach 1945 doppelte deutsche Geschichte als einen relativ einheitlichen Prozeß zu betrachten und als Ganzes aufzuarbeiten. Die Schwierigkeiten, über die DDR zu schreiben, liegen weniger im wissenschaftlichen als im politischen Bereich. Unbestreitbar gehen Zeitgeschichte und politisches Geschehen eine unlösbare Symbiose ein. Zum einen gibt es keine klaren Grenzen zwischen beiden Sphären und keine eindeutigen Einschnitte, die das Ende der einen und den Anfang der anderen klar markieren könnten. Zum anderen läßt sich in Deutschland in den frühen neunziger Jahren die Tendenz zu einer Politisierung der Zeitgeschichtsschreibung erkennen.

Erfahrungsgemäß gehört zu einer nüchternen Analyse und Beurteilung von Strukturen und Prozessen ein hohes Maß von Distanz. Der notwendige innere Abstand des Forschers vom Objekt seines wissenschaftlichen Interesses wird allzu leicht als fehlendes politisches und soziales Engagement oder gar als Ausdruck eines subjektiven Verdrängungsprozesses oder fehlender Ethik mißverstanden. In der Regel trägt auch ein gewisser zeitlicher Abstand zur Objektivierung bei. Auf ihn kann auch die Zeitgeschichte nicht ganz verzichten, wenngleich sie nicht darauf warten darf, daß unmittelbar Vergangenes bzw. noch in die Gegenwart hineinreichende Fragen politisch entaktualisiert werden und die Gefahr einer Enthistorisierung faktisch abgeschlossener Entwicklungen völlig gebannt ist. Besonders in gesellschaftlichen Umbruchsituationen zeigt sich, daß die Ereignisse sich mit Siebenmeilenstiefeln, ihre geistige, vor allem wissenschaftliche Bewältigung, sich aber eher im Schneckengang fortbewegen. Die welthistorische Wende, die sich, 1989 beginnend, derzeit vollzieht, wird von vielen Menschen – nicht nur in den neuen deutschen Bundesländern – emotional noch weniger bewältigt als die Entwicklung, die zu ihr führte, rational restlos begriffen wird. Dabei spielt natürlich oft eine Rolle, daß die Perspektive des einzelnen und der Gesellschaften und Staaten, nicht deren Vergangenheit im Vordergrund des Interesses stehen. Das (Zeit-)Geschichtsbild vor allem in den neuen Bundesländern ist derzeit hochgradig polarisiert. Es bewegt sich im Spannungsfeld von nostalgischer Verklärung vergangener realsozialistischer Zeiten und einem euphorischen Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie.

Die Geschichte der DDR muß mit Konsequenz umfassend aufgearbeitet werden. Dabei gilt auch für diesen schwierigen Gegenstand, daß die Forschung im Fluß ist und das Urteil der konkreten Analyse nicht vorweggenommen werden sollte, wie das heutzutage nicht selten der

Fall zu sein scheint. Wenn der Forscher die Entwicklung des ostdeutschen Staats unvoreingenommen untersuchen will, sind verbale Aussagen z. B. über die DDR als Unrechtsstaat wenig produktiv. Gewiß, soviel wissen wir: Die DDR war kein Rechtsstaat. Sie war – gemessen an den Kriterien der liberalen Demokratie und an den Werten moderner westlicher Gesellschaften – ein Unrechtsstaat. Sie war es auf eine Weise, die eine Reihe von Staaten vor, neben und nach der Existenz der DDR zu Unrechtsstaaten bzw. zu modernen Diktaturen machten. Schon ein Vergleich von Ansprüchen (und Verfassungen) der DDR mit ihrer politischen Wirklichkeit läßt die gravierenden Defizite an Rechtsstaatlichkeit insgesamt und auf den unterschiedlichsten Gebieten erkennen. Der Wissenschaftler muß differenzieren. Das kann u. a. durch einen Vergleich der DDR mit Diktaturen vor und nach 1949 geschehen. Auch eine komparative Analyse diktatorischer, demokratischer und autoritärer Staaten hilft sicherlich weiter. Synchron und diachron Studien bieten sich vor allem bei der Untersuchung der inneren Entwicklung in der DDR an. Der Historiker muß sowohl ihre Entwicklungsstadien unterscheiden als auch die unterschiedlichen Bereiche des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens. Die politische Geschichte, die freilich auch nach inneren und äußeren Prozessen zu differenzieren bleibt, unterscheidet sich z. B. von der Sozialgeschichte. Das macht sich u. a. bei der Untersuchung von Alternativen, seien sie auch noch so partiell und zeitweilig gewesen, bemerkbar.

Mit der vorliegenden geschichtswissenschaftlichen Darstellung verbindet sich ein über zweijähriges umfangreiches Aktenstudium. So basiert die Arbeit im wesentlichen auf zum großen Teil bislang unveröffentlichten Quellen. Daneben wird – was im folgenden ersichtlich ist – die einschlägige wissenschaftliche Sekundärliteratur stark berücksichtigt. Als für die Arbeit positiver Umstand mag wirken, daß der Autor, der vor der „Wende“ an der Ostberliner Akademie der Wissenschaften arbeitete, sich über viele Jahre mit der deutschen Nachkriegsgeschichte beschäftigte und auch die einschlägige Aktenlage in der Bundesrepublik kennt. Hinzu kommt, daß er als ehemaliger Wissenschaftler in der DDR Prozesse als Zeitzeuge selber erlebte und Erkenntnisse aus der unmittelbaren Anschauung gewinnen konnte. Es sei auch angemerkt, daß der Autor im Verlauf des Quellenstudiums und der Niederschrift seine Urteile ständig zu überprüfen und zu verändern hatte. Hier lief ein zuweilen spannender subjektiver Lernprozeß ab. Dazu trugen die offenen Problemdiskussionen vielerorts, insbesondere am Potsdamer Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien und an der Berliner Humboldt-Universität, ganz wesentlich bei.

Ich danke Herrn Volker Lange und den anderen Mitarbeitern des ehemaligen SED-Parteiarchivs Berlin für die mir so freundlich gewährte Unterstützung. Besonderer Dank gehört Frau Waltraud Peters vom Potsdamer Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien, die das Druckmanuskript der vorliegenden Arbeit mit großem Engagement und kritischem Auge anfertigte. Dank auch Herrn Professor Dr. Ludolf Herbst und meinem Kollegen Dr. Arnd Bauerkämper für ihre zahlreichen hilfreichen Hinweise.

Einleitung

Über dreißig Jahre liegt die zweite Berlinkrise zurück. Ist den Zeitgenossen der neunziger Jahre unseres Jahrhunderts bewußt, welche Gefahr Europa und der Welt drohte, als sich in Berlin sowjetische und amerikanische Panzer feindselig gegenüberstanden und der Frieden buchstäblich am „seidenen Faden“ zu hängen schien? Der Konflikt um Berlin war sowohl internationaler als auch innerdeutscher Natur. Er gehört zu den Fragen europäischer und deutscher Nachkriegsgeschichte, die unter den durch die Wiedervereinigung geschaffenen veränderten Bedingungen neu aufgeworfen werden müssen.

Obgleich sich für die deutsche Zeitgeschichtsschreibung¹ methodologische Probleme eher zu verschärfen scheinen und der in den neuen Bundesländern ungehinderte Archivzugang die Tendenz verstärkt hat, „sich nun gleichsam auf die Quellen pur“ zurückzuziehen², trägt die gesamtdeutsche Herausforderung dazu bei, die Geschichte der „in einer antagonistischen Weise“ aufeinander bezogenen beiden deutschen Staaten³ aus einer erheblich erweiterten Sicht zu betrachten. Das betrifft den Berlinkonflikt von 1958 bis 1963 im besonderen Maße. Der Verfasser geht von der DDR als Variante einer modernen Diktatur aus. Der diktaturhistorische Ansatz scheint auch für die Erklärung der Außenpolitik der DDR, wenngleich Schwierigkeiten bei der Bestimmung u. a. von Modernisierungen des internationalen Konzepts, der Politik und des spezifischen Apparates fortbestehen, hilfreich zu sein. Inwiefern ist in der konsequenten Ostorientierung der DDR auch dann eine spezifisch ostdeutsche außenpolitische Modernisierung zu erkennen, wenn sie in hohem Maße oktroyiert worden war? Wie sich im einzelnen die Einparteienherrschaft, der ideologische Hegemonialanspruch und die fehlende Autonomie von gesellschaftlichen Teilbereichen auf die ostdeutsche Außenpolitik niederschlugen, bleibt eine interessante Forschungsfrage, die auch im Rahmen der vorliegenden Arbeit Beachtung findet.

Die Außenpolitik der DDR stellte einen besonderen Ausdruck ihres Herrschaftssystems und ihrer Binnenstruktur dar. Sie reflektierte das Wesen des DDR-Sozialismus und den

¹ Der Forschungsstand zur westdeutschen Nachkriegsgeschichte wird u. a. erörtert in: A. Doering-Manteuffel, Deutsche Zeitgeschichte nach 1945. Entwicklung und Problemlage der historischen Forschung zur Nachkriegszeit, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 41, 1993, S. 1–29.

² H. G. Hockerts, Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APZ), Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 29–30, 1993, S. 9. Vgl. zu zeitgeschichtlichen Methodenfragen S. 7–12.

³ Vgl. W. Mommsen, Die DDR in der deutschen Geschichte, in: ebenda, S. 29.

besonderen Weg dieser Republik in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Als eine Funktion der Absicherung innerer Systementwicklung war sie jedoch keine einfache Widerspiegelung und keine lineare Fortsetzung der kommunistischen Gesellschafts- und Ordnungspolitik, sondern auch Ausdruck eines durch internationale Entwicklungen und Kräfte mitbedingten Anpassungsprozesses, der die innenpolitischen Triebkräfte in ihrer internationalen Brechung reflektierte. Auch insofern ist die Geschichte der äußeren Beziehungen der DDR mehr als bloße diktatorische Herrschaftsgeschichte, wenngleich beide Komponenten miteinander verschmolzen sind. Wenn man erkennt, daß die DDR weitgehend von der SED bzw. ihrer Führung und ihrem Apparat beherrscht wurde, muß man auch verschiedene legitime Interessen dieses Staates und der ihn dominierenden Partei akzeptieren. Die Führung der SED besaß bestimmte internationale Ziele und stellte sich außenpolitische Aufgaben, die die Macht der herrschenden politischen Klasse erhalten und die Entwicklung der realsozialistischen Ordnung absichern sollten. Selbst wenn man davon absehen würde, daß große Teile der Bevölkerung das SED-Regime zumindest tolerierte und eine Reihe politischer und sozialer Gruppierungen außerhalb der Staatspartei diese wenigstens zeitweilig unterschiedlich stark unterstützte, läßt sich – nicht nur im Hegelschen Sinne – aus der Existenz einer kommunistisch geprägten DDR deren legitimes Recht auf eine eigene Außenpolitik ableiten. Es stellt sich aber die Frage, auf welche Weise von der SED Außenpolitik, insbesondere unter den Bedingungen des Ost-West-Konflikts und der innerdeutschen Selbstbehauptung, entwickelt und durchgeführt wurde. Die spätere völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch fast alle Länder der Welt implizierte zwar in vielen Fällen nicht die Billigung der Herrschaftsordnung in der DDR. Sie trug jedoch durchgängig dem Umstand Rechnung, daß ein Völkerrechtssubjekt DDR als Staat und damit ein Anspruch auf anerkannte Beteiligung am internationalen Prozeß bestand.

Die außenpolitische Sonderstellung beider deutscher Staaten nach 1949 ergab sich aus ihrer doppelten Bindung. Zum einen gehörten sie verfassungsrechtlich, mehr aber noch traditionell und in ihren zonenübergreifenden Zusammenhängen, einem – wenngleich suspendierten – Gesamtstaat, zum anderen einander entgegengesetzten Bündnissystemen an. Beide antagonistischen Blockzugehörigkeiten konkurrierten, schlossen aber schließlich die (potentielle) Einheit der Nation nicht aus. Die DDR und die Bundesrepublik repräsentierten und organisierten die fortbestehende deutsche Nation in zwei Teilen. Die deutsche Frage wies nach 1949 verschiedene Dimensionen auf. Ihren Kern bildete das Problem der Wiedervereinigung. Gerade hier muß man Zäsuren und Perioden beachten, deren Grenzen vielleicht enger zu ziehen sind als das bislang der Fall gewesen ist. In der Zeit von 1949 bis etwa 1962 blieb der Kalte Krieg trotz Höhepunkten und Entspannungsphasen relativ konstant. Auch und besonders in der Periode des Berlinkonflikts bestimmte er die internationalen Beziehungen und den deutschen „Sonderkonflikt“. Er war allgegenwärtig, und er schimmerte überall durch: in den Handlungen der Politiker und in ihrem Denken, aber auch im Wirken des „kleinen Mannes“ und seinen Beziehungen. Außen-, Deutschland- und Berlinpolitik der SED sind überdies nur durch die Einbettung sowohl in ihren Systemzusammenhang als auch in den europäisch-internationalen Prozeß erklärbar.

Daß die doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte „gerade in den Formen ihrer Abgrenzung und negativen Beeinflussung viele Verbindungen und wechselseitige Verklammerungen zeigt“⁴, läßt sich vor allem auf dem Gebiet der Deutschlandpolitik beider deutscher Staaten

⁴ Vgl. Chr. Kleßmann, Verflechtung und Abgrenzung. Aspekte der geteilten und zusammengehörigen deutschen Nachkriegsgeschichte, in: APZ, B 29–30/1993 Nr. 3, S. 40.

nachvollziehen. Zumindest bis 1955 dachten sowohl deutsche Politiker als auch die Vier Mächte über eine mögliche Alternative zur Teilung Deutschlands noch ernsthaft nach und suchten im Rahmen eigener und Bündnisinteressen nach Lösungsmöglichkeiten für die deutsche Frage vor allem als Sicherheitsproblem. Zwar blieben Ansätze wegen des Mangels an Kompromißbereitschaft schon in den Anfängen stecken, doch verhinderte das nicht einen beiderseitigen deutschlandpolitischen Aktionismus, der schließlich eine negativ geprägte Summe verschiedener ost-westlicher Initiativen bildete. Die Eigendynamik und der Charakter des Kalten Krieges schlossen nach 1949 ein amerikanisch-sowjetisches Arrangement auf viele Jahre aus. Verhandlungen unter der Belastung deutschlandpolitischer Kompromißunfähigkeit trugen zu weiteren Spannungen im Ost-West-Konflikt bei, verhinderten aber gleichzeitig eine totale Sprachlosigkeit und hielten Verhandlungswege offen. Deutsche Nachkriegsgeschichte ist immer im Zusammenhang mit dem Ziel der deutschen Einheit dargestellt und deshalb sehr stark unter dieser „Endpunkt“-Vorgabe analysiert worden. So sind Interaktionen und deutschlandpolitische Vorschläge, Initiativen und auch Ideen weniger unter der Fragestellung untersucht worden, ob sie zumindest ansatzweise Möglichkeiten eines allgemeinen Dialogs der Großmächte und anderer Staaten und für ein Aufbrechen erstarrter Fronten boten. Das betrifft auch den Berlinkonflikt von 1958 bis 1963.

Bei der Untersuchung dieser Erscheinung des Kalten Krieges erweckt die Frage, welche Handlungsspielräume und damit auch Alternativen beide deutsche Staaten bei der Konzipierung und Durchführung ihrer Politik besessen haben, das Interesse der zeitgeschichtlichen Forschung allgemein und des Autors ganz besonders. Es muß vor allem gefragt werden, wie stark innerdeutsche Faktoren auf die Entwicklung des Berlinkonflikts wirkten. Inhaltliche und methodische Probleme der deutschen „Verflechtung und Abgrenzung“ und mögliche Ansätze, Themen und Untersuchungsfelder sind jüngst benannt worden.⁵ Inwiefern es vor allem methodisch gelingt, „einerseits das Trennende, Gegensätzliche, Eigenständige und andererseits die fortbestehenden Traditionen, wechselseitigen Verbindungen, Fixierungen, Irrtümer und Hoffnungen in einem differenzierten Geschichtskonzept zusammenzubringen“⁶, wird auch im Rahmen dieser Arbeit zu erproben sein. Vergleiche auf den verschiedenen Ebenen⁷, die Untersuchung der Ursachen und Mechanismen wechselseitigen deutschen Anziehens und Abstoßens und die notwendige Einbettung der nachkriegsdeutschen Geschichte in welt- und europapolitische Zusammenhänge tragen sicherlich zur Entschlüsselung der in der Tat „sperrigen gemeinsamen Nachkriegsgeschichte“ (Kleßmann) bei. Das gilt prinzipiell auch für die Analyse der Berlinkrise.

Eine geschlossene Darstellung der Berlinfrage, die in vielen Arbeiten immanent berücksichtigt worden ist, fehlt noch. Das liegt vor allem daran, daß sie erst 1990 gelöst und dadurch Geschichte geworden ist. Hans Herzfeld bemerkte 1973, angesichts der Tatsache, daß das alliierte Berlinabkommen vom September 1971 das Problem zwar regelte, aber nicht politisch endgültig beseitigte, bedauernd: „Der Entwicklung der Berlinfrage fehlt noch immer ein klarer, begrenzter Abschluß, der geeignet wäre, ihre Konturen angesichts einer leidlich abgeschlossenen Ereigniskette aus der Distanz zu sehen. Die Gefahr, daß auch der Historiker

⁵ Kleßmann, a.a.O., S. 34–39.

⁶ Kleßmann, a.a.O., S. 34–39; P. Bender, Ansätze zu einer deutschen Nachkriegsgeschichte, in: Merkur. 1993, S. 197–206.

⁷ Vgl. J. Kocka, Probleme einer europäischen Geschichte in komparativer Absicht, in: ders., Geschichte und Aufklärung, Göttingen 1989, S. 21–28.

gegen jene gefühlsmäßigen Motive nicht immun ist, die das Urteil des Lebenden in Grundfragen seiner Existenz leicht übermäßig färben, ist so groß, daß sie allein von dem Wagnis einer Grenzüberschreitung seiner Kompetenz abschrecken könnte.“⁸

Mit der Berlinkrise von 1958 bis 1963 haben sich explizit u. a. Uwe Bahnsen, Harald Horn, Diethelm Prowe, Robert M. Slusser und Hermann Zolling beschäftigt.⁹ Im Vordergrund der Darstellungen stand der konkrete Krisenverlauf, standen die Interessenlage und die Politik der Westmächte. Alle Autoren beschrieben die sowjetische Berlinpolitik relativ umfassend, aber oft zu undifferenziert. Die Position der UdSSR zur DDR sowie die Krisenpolitik der SED blieben, da die entsprechenden Quellen fehlten, unterbelichtet, während die Zusammenarbeit in der NATO, westliche Berlinstrategien und Lösungsversuche sowie der diplomatische Prozeß deutlich wurden. Die politikwissenschaftliche Studie Horns bildete die Berlinkrise besonders als Bestandteil und Funktion der internationalen Politik ab. Eine interessante Fallstudie bot Heribert Gerlach.¹⁰ Er arbeitete den Zusammenhang zwischen dem berlinpolitischen Entscheidungsprozeß in der Kennedy-Regierung und anderen weltpolitischen Entwicklungen heraus, die auf Washington dabei Einfluß nahmen. Die westliche Interessenlage im Konflikt untersuchte Walther Stützle unter besonderer Berücksichtigung der amerikanischen Administration und der Bundesregierung.¹¹ Es erfolgte eine ausgewogene Analyse der Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Positionen des westlichen Bündnisses, vor allem der deutsch-amerikanischen Gegensätze in der Deutschland- und Berlinfrage. Die Arbeit von Stützle zog dabei die Veränderungen in der sowjetischen Haltung zum Berlinproblem und – ansatzweise – in den ostdeutschen Positionen heran. Wie er betonte auch Udo Wetzlaug¹² sowohl die Zwänge, die den Ostblock veranlaßten, eine Mauer zu bauen, als auch die Bedeutung Berlins und seines Status für die Wiedervereinigungspolitik der Bundesrepublik. Wetzlaug beschäftigte sich darüber hinaus mit den allgemeinen Wirkungen der Berlinfrage auf das Verhältnis der DDR zu Ostberlin und auf die DDR selbst sowie mit der östlichen Perzeption der Funktionen Westberlins.¹³ Allen Darstellungen war eine Betonung der Frage des Status von Berlin eigen. Eine neuere spezielle Darstellung von Gerd Langguth über die Sicht der DDR auf den Status der Stadt ließ jedoch eine eigentliche Aussage zum Problem für die Krisenzeit nicht erkennen¹⁴, während sie in einer anderen Arbeit des Autors zumindest in aller Kürze erfolgte.¹⁵ In seiner Darstellung der zweiten Berlinkrise ging Dieter Mahncke im

⁸ H. Herzfeld, *Berlin in der Weltpolitik 1945–1970*, Berlin und New York 1973, S. XV.

⁹ U. Bahnsen/H. Zolling, *Kalter Winter im August. Die Berlin-Krise 1961/63. Ihre Hintergründe und Folgen*, Oldenburg und Hamburg 1967; H. Horn, *Die Berlin-Krise 1958/61. Zur Funktion der Krise in der internationalen Politik*, Frankfurt/Main 1970; D. Prowe, *Weltstadt in Krisen. Berlin 1949–1958*. Mit einem Vorwort von H. Herzfeld, Berlin und New York 1973; Robert M. Slusser, *The Berlin crisis of 1961. Soviet-American relations and the struggle for power in the Kremlin, June–November 1961*, Baltimore and London 1973.

¹⁰ H. Gerlach, *Die Berlinpolitik der Kennedy-Administration. Eine Fallstudie zum außenpolitischen Verhalten der Kennedy-Regierung in der Berlinkrise 1961*, Frankfurt/Main u. a. 1977.

¹¹ W. Stützle, *Kennedy und Adenauer in der Berlin-Krise 1961–1962*, Bonn und Bad Godesberg 1973.

¹² U. Wetzlaug, *Berlin und die deutsche Frage*, Köln 1985.

¹³ Vgl. ebenda, S. 95–99 und S. 147–152.

¹⁴ Vgl. G. Langguth, *Der Status Berlins aus Sicht der DDR*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, B 50/87, 12. Dezember 1987, S. 12–14.

¹⁵ Vgl. denselben, *Die Berlin-Politik der DDR. Historische, politische und juristische Aspekte einer aktuellen Frage*, Melle 1987, S. 17–22.

Sinne des vorliegenden Themas am weitesten, wenn er sowohl die Berlinproblematik aus östlicher Sicht in allgemeinen Zügen behandelte als auch, allerdings für die Zeit nach 1971, auf berlinpolitische Differenzen zwischen der Sowjetunion und der DDR hinwies.¹⁶ Seine generelle Aussage, „in bezug auf die grundsätzliche Linie der östlichen Berlin-Politik“ sei der „Spielraum der DDR gegenüber der Sowjetunion immer verhältnismäßig gering gewesen“,¹⁷ muß vor allem unter der Fragestellung überprüft werden, ob sie auch bzw. in welchem Maße für die Zeit der Berlinkrise zutrifft.

Die Zwangssituation für die DDR, die UdSSR und den gesamten Ostblock, die seit 1960 besonders sichtbar war, wurde in einer ganzen Reihe von Arbeiten reflektiert, die sich mit dem Phänomen des Mauerbaus auseinandersetzte. Curtis Cate stellte den Mauerbau relativ punktuell dar¹⁸, wenngleich er seine Ursachen nicht aussparte. Eine Ereignisgeschichte bot Jürgen Petschull¹⁹, während Jürgen Rühle und Gunter Holzweißig²⁰ darüber hinaus das Vorfeld des 13. August, den unmittelbaren Anlaß und vor allem die Meinungsverschiedenheiten über den Mauerbau in den Führungen des Ostblocks berücksichtigten. Anhand des Zentralorgans der SED, des „Neuen Deutschland“, analysierten Peter Greiner und Ernst F. Müller die Vorgeschichte der Berliner Mauer.²¹ In diesem Buch, das viel zu wenig Beachtung fand, wurden die politischen und ideologischen, nicht so stark die wirtschaftlichen Beweggründe der SED für den Mauerbau schon relativ deutlich. Auch auf der Grundlage dieser Arbeit kann im folgenden der Frage nachgegangen werden, inwiefern offizielle Verlautbarungen und Propaganda mit den tatsächlichen Zielen der SED korrespondierten.

Die genannte Literatur und andere Darstellungen vermittelten an Hand der westlichen Quellen insgesamt ein genaues Bild von der Interessenlage, den Zielen und der Politik der westlichen Seite im Berlinkonflikt. Auch der internationale Prozeß, hier vor allem die diplomatischen Interaktionen, erhielten Schärfe. Das galt besonders für die Abbildung von Entscheidungsfindungen im Bündnis und in dessen einzelnen Teilnehmerstaaten und für die Herausarbeitung von politischen Differenzen. Die sowohl politikgeschichtlichen als auch politikwissenschaftlichen Arbeiten – nur eine sozial- bzw. alltagsgeschichtliche Untersuchung ist dem Vf. bekannt²² – behandelten die Berlinpolitik der östlichen Konfliktpartei unter der Bedingung fehlender Primärquellen. Die wissenschaftliche Darstellung der sowjetischen Berlinziele, vor allem der Interessen der Führung der KPdSU, blieb im wesentlichen an amtliche Verlautbarungen oder an die in die westliche Öffentlichkeit lancierten Informationen gebunden. Sie stützte sich natürlich auch auf die Analyse der jeweils relevanten konkreten Politik der Sowjetunion. Der Erkennbarkeit sowjetischer Interessen und Ziele bzw. auch der Interessenperzeption der Moskauer Regierung war somit eine relativ enge Grenze gesetzt.

Das trifft prinzipiell auch für die Berlinpolitik der SED zu. Eine Erweiterung des Erkenntnishorizontes wurde hier zusätzlich durch die Vermutung blockiert, daß die DDR auch in der Berlinfrage lediglich als ein Appendix der Sowjetunion wirkte. So blieb das sowjetisch-

¹⁶ Vgl. D. Mahncke, *Berlin im geteilten Deutschland*, München und Wien 1973, S. 95–112, 193–200.

¹⁷ Ebenda, S. 109.

¹⁸ C. Cate, *Riß durch Berlin*. Der 13. August 1961, Hamburg 1980.

¹⁹ J. Petschull, *Die Mauer im August 1961, Zwölf Tage zwischen Krieg und Frieden*, Hamburg 1981.

²⁰ J. Rühle/G. Holzweißig, *13. August 1961. Die Mauer von Berlin*, Köln 1981.

²¹ E. Müller/P. Greiner, *Mauerbau und „Neues Deutschland“*. Die Vorgeschichte des Baus der Berliner Mauer in der Parteipresse der Deutschen Demokratischen Republik, Bielefeld 1969.

²² Vgl. Dietfried Müller-Hegemann, *Die Berliner Mauer-Krankheit. Zur Soziogenese psychischer Störungen*, Herford 1973.

ostdeutsche Verhältnis während des Berlinkonfliktes ebenfalls unterbelichtet. Eine interessante Figurenkonstellation: Chruschtschow und Ulbricht – als Analogie zu Stützles lohnendem Kennedy-Adenauer-Vergleich – konnte z. B. nicht gebildet werden. Hinzu trat, daß auch in der DDR eine tatsächlich offene bzw. öffentliche Diskussion über die Berlinfrage nicht stattfand und auch die Historiographie der DDR sich des heiklen Themas vor 1989 nie annahm.

So stellt sich der Forschungsstand über die Interessen und Ziele der SED in der zweiten Berlinkrise im ganzen als unbefriedigend dar. In vielem beruht er immer noch auf Vermutungen und Annahmen, die sowohl vom historischen politischen Prozeß und offiziellen Verlautbarungen als eben auch von den Zielen der UdSSR abgeleitet wurden. Da bislang weder eine Gesamtdarstellung der Position der SED im internationalen Konflikt noch Detailstudien vorliegen, besteht das Forschungsdesiderat weiter.

Die vorliegende Arbeit will diese erhebliche Forschungslücke schließen helfen und die Erkenntnisse über das Wesen und die Funktionen der Berlinkrise als internationale aber auch deutsche Erscheinung erweitern. In ihrem Mittelpunkt steht die Politik der SED in der Berlinfrage und zum Problem des Friedensvertrages. Sie stellt eine im wesentlichen politik-historische Untersuchung mit diplomatiegeschichtlichen Aspekten dar. Sie arbeitet die Interessen und Ziele der SED heraus, rekonstruiert die politischen Entscheidungsabläufe in der Berlinfrage genau und analysiert das damit verbundene Denken der Entscheidungsträger. Die Darstellung soll zur Bestimmung der ostdeutschen Deutschland- und Außenpolitik und damit zur historischen Verortung der DDR in der europäischen und deutschen Nachkriegsgeschichte beitragen. Sie geht jedoch über dieses Ziel hinaus. Da die Aktionen und Reaktionen der Bundesregierung im Berlinkonflikt von 1958 bis 1963 ebenfalls herangezogen und analysiert werden, können nicht nur Aussagen über die Funktion der Krise im politischen Konzept der Bundesrepublik gemacht, sondern auch parallele Handlungen in Bonn und Ostberlin unter gesamtdeutschem Aspekt verglichen und bewertet werden. Insofern enthält die Arbeit, bedingt vor allem durch übergreifende Fragestellungen, eine gesamt-nationale Perspektive und auch Elemente einer innerdeutschen Beziehungsgeschichte. Auch werden Primärquellen der alten Bundesrepublik herangezogen. Die Untersuchung stellt im wesentlichen eine historisch-genetische Analyse dar. Sie fußt auf der kritischen Auswertung neuerschlossener umfangreicher Aktenbestände. Wenn es vorrangig um die Vermittlung weitgehend unbekannter Prozesse und Fakten geht, bedient sich der Verfasser einer deskriptiven Darstellungsweise, die zur Verständlichkeit komplizierter Vorgänge und ihrer Darstellung sicherlich beitragen wird.

Er geht von der Hypothese aus, daß die SED, die zunehmend in eine akute Krisensituation geriet, durch eine Inbesitznahme von Hoheitsrechten über Berlin die Anerkennung ihres Staates erzwingen und zur Vergrößerung ihrer Souveränität entscheidend beitragen wollte. Folgende Fragen leiten die Untersuchung wesentlich: In welcher Beziehung standen berlinpolitische Ansprüche zu den Möglichkeiten der SED, diese durchzusetzen? Wie schlug sich dabei der näher zu beleuchtende Kurs der Staatspartei auf die internationalen Beziehungen und auf die Entwicklung der innerdeutschen Verhältnisse nieder? Wie vor allem prägte sich die berlinpolitische Kooperation der DDR mit der UdSSR und den anderen Bündnispartnern aus? Gab es ostdeutsche Berlinambitionen, die von den sowjetischen Interessen abwichen? Traten gar, wie u. a. die amerikanische Historikerin Hope M. Harrison²³ vermutet, deutliche Konflikte zwischen SED und KPdSU über Berlin zutage?

²³ Vgl. H. Harrison, Ulbricht, Krushchev, and the Berlin Wall, 1958–1961. New Archival Evidence from Moscow and Berlin, in G. Schmidt (Hg.) Ost-West-Beziehungen: Konfrontation und Détente 1945–1989, Bochum 1993, S. 333–348.

Die Frage nach den Handlungsspielräumen der SED bleibt als wichtigste erkenntnisleitende Frage für die Analyse der Gesamtpolitik der SED von zentraler und übergreifender Natur. Die Entwicklung von politischen Freiräumen für die ostdeutsche Staatspartei wird am Beispiel der Berlinkrise und im Zusammenhang mit der internationalen Auseinandersetzung um einen Friedensvertrag analysiert. Dabei sind Handlungsmöglichkeiten gegenüber der UdSSR und gegenüber der Bundesrepublik, die in einer unlösbaren Wechselbeziehung standen und letztendlich eine Summe bildeten, zu unterscheiden. Im weiteren muß gefragt werden, welche Freiräume die SED vor und während der Berlinkrise besaß, um auf diese Einfluß nehmen zu können und welche Folgen der internationale Konflikt prinzipiell für die Entwicklung von ostdeutschen Handlungsspielräumen hatte.

Dieses Problem und die für die Darstellung wichtige deutsche Frage zeitigen methodische Konsequenzen. Da das Problem der deutschen Wiedervereinigung nach der Verkündung der sowjetischen Zwei-Staaten-Theorie (1955) eine erhebliche Veränderung erfuhr, leitet das erste Kapitel über die Entwicklung der SED-Deutschlandpolitik folgerichtig den Sachteil der Arbeit ein. Dies ist um so mehr geraten, als das Berlinproblem einen Unterfall der deutschen Frage darstellte und auch der Friedensvertrag auf sie bezogen war. So bildete das Deutschlandproblem in der Tat einen politischen Handlungsrahmen. Im Zentrum des speziellen deutschlandpolitischen Abschnitts steht der Konföderationsplan der SED und die Frage, wie ernst er wirklich gemeint war. Das zweite Kapitel muß sich dann zwingend mit dem Prozeß der Bildung von Handlungsspielräumen im unmittelbaren Vorfeld und während der Berlinkrise beschäftigen. Ohne eine Vermittlung konkreter Kenntnisse über die Entwicklung von politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten der SED bei der beabsichtigten Beeinflussung der politischen Situation nach 1958 bleiben deren Motive und Ziele sowie einzelne Handlungen weitgehend unverständlich. Da sich bereits beim Aktenstudium gezeigt hat, daß die Evolution der Wirtschaft der DDR für das Problem innerer und äußerer Handlungsfreiheit von höchster Relevanz war, widmet sich dieser Teil der Arbeit dem ökonomischen Gebiet besonders. Wie wirkten sich wirtschaftliche Faktoren auf das Konfliktmanagement der SED aus? Entstanden ihr in der Krise die neue Entscheidungssituationen hervorrief, auch neue Bewegungsmöglichkeiten? Verschiedene sowjetische Maßnahmen und Pläne werden auch unter diesen Fragestellungen untersucht. Die „Schaufenster“-Konzeption Moskaus und die dazu kontraproduktiv wirkende Republikflucht sowie die SED-Politik der „Störfreimachung“ finden dabei erhebliche Beachtung. Wie groß war der Druck, der durch die Bonner Kündigung des Interzonenhandelsabkommens 1960 kurzfristig eintrat? Konnte und wollte das „sozialistische“ Lager und der RGW der DDR in einer dramatischen Situation wirksame Unterstützung leisten? Losungen und Schlagworte kommunistischer Politik wie „sozialistischer Internationalismus“ und „brüderliche Hilfe“ werden kritisch hinterfragt und das Verhältnis der SED zu „befreundeten“ Parteien und Bruderländern in einer schwierigen Periode ausgeleuchtet.

Kapitel 3 und 4 bilden den Hauptteil der Arbeit. In ihnen werden die dynamischen Positionen der SED zu den Problemen der Berlinregelung und zum Abschluß eines Friedensvertrages von 1958 bis zum Mauerbau und nach dem 13. August 1961 untersucht. Die Analyse bewegt sich sowohl auf der Hauptschiene der SED-Politik als sie auch die Ebenen UdSSR, Bundesrepublik und Westmächte einbezieht. Aktion und Reaktion bilden eine Einheit, die die innere Logik der einzelnen Schritte und Interdependenzen erkennen läßt. Hinzu kommt eine internationale Konferenzebene. Erst durch die Darstellung des Zusammenwirkens von inneren und äußeren Faktoren treten die spezifischen Interessen und Ziele der SED in Berlin

zutage, ergeben Vorstellungen und Pläne des Politbüros einen Sinn. Ging es der SED um die Hoheit über die Gesamtstadt, um dadurch der internationalen völkerrechtlichen Anerkennung erscheidend näherzukommen? Bedeutete das Chruschtschow-Ultimatum für sie die umfassende Lösung ihrer Probleme mit der Republikflucht und bot ihr ein Friedensvertrag die Garantie für ungestörte eigenstaatliche Entwicklung der DDR? Dabei bleibt auch die Frage von Interesse, was für einen Friedensvertrag die SED überhaupt wollte und welche Kompromisse und Übergangsregelungen für die SED möglicherweise diskutabel waren. Breiten Raum nehmen die Vorbereitung, die Durchführung und die Folgen des Mauerbaus ein. Hierzu fand sich interessantes neues Material. Warum zögerte Chruschtschow – offenbar noch länger als man bislang angenommen hatte – definitive Entscheidungen über den Bau des „Grenzwalls“ hinaus? In dieser diffizilen Angelegenheit spielte der Zusammenhang zwischen internationalen Entwicklungen und der Systemkrise in der DDR eine gewichtige Rolle. Suchte die UdSSR auch aus ideologischen Gründen nach einer den Sozialismus weniger diskreditierenden Lösungsmöglichkeit? Der Vergleich zwischen den Berlininteressen der Sowjetunion und denen der DDR schafft die Grundlage für ein genaues Herausarbeiten von Gemeinsamkeiten und Differenzen. Wollten Ulbricht und das Politbüro mehr riskieren als Chruschtschow und das Präsidium der KPdSU? Wo kam es und warum zu ostdeutsch-sowjetischen Dissonanzen? Verletzte die SED zeitweilig fundamentale Deutschlandinteressen der UdSSR? Nötigte sie zu Aktionen, die Moskau aus strategischen Gründen ablehnte? Das berührt auch die Fragen nach der Risikobereitschaft beider kommunistischen Führungen und nach der Verschärfung der Kriegsgefahr. Die Spannungen erreichten 1962 noch einmal einen Höhepunkt, als die Berlinkrise und der Kubakonflikt zeitlich zusammenfielen. Als die akute Gefahr gebannt war, setzte langsam eine Beruhigung der Lage ein; der Kalte Krieg begann abzuflauen. Wie setzte sich die SED nach 1962 mit der neuen internationalen Entspannungstendenz auseinander?

Viel Platz nimmt die Darstellung des berlinpolitischen Entscheidungsprozesses in der Führung der SED ein. In welchem Maß wurden sowjetische Vorstellungen und Direktiven berücksichtigt, wo entstand Eigenes? So macht es sich die Arbeit auch zur Aufgabe, die berlin- und friedensvertraglichen Initiativen und Offerten der SED in der Zeit von 1958 bis 1963 zu verifizieren. Was hatte Substanz, was blieb reine Propaganda? Letztendlich wird die Analyse Minimal- und Maximalprogramme der SED im „Kampf um Berlin“ und den Friedensvertrag herausarbeiten und klären helfen, wo und in welchem Maße die DDR von der UdSSR „abhängig“ blieb. Aber auch verschiedene innere Bedingungen der DDR für die Lösung der Berlinfrage und des Problems eines Friedensvertrags sind in die Analyse – wiewenig es hier Begrenzungen gibt – mit einzubeziehen. Relativ eingehend muß auch die Untersuchung auf Feldern sein, die sowohl innen- als auch beziehungspolitisch bedeutend sind bzw. Verbindungsglieder zwischen Binnen- und Außenfaktoren darstellen. Dazu gehört u. a. der Kurs der SED zur „Störfreimachung“ ihrer Wirtschaft und die Bemühungen der SED, die Attraktivität der DDR im Innern und ihr Ansehen nach außen zu vergrößern.

Das fünfte Kapitel schließt den Rahmen. Mit der Untersuchung der deutschen Frage, der Probleme der Wiedervereinigung und der innerdeutschen Beziehungen in der Berlinkrise setzt es das erste Kapitel fort. Deutsche Perspektiven und „transzendente“ Einheitsvorstellungen werden dem realen Abgrenzungskurs der SED gegenübergestellt. Die SED präzierte ihre Feindbilder, und es fand eine Akzentverschiebung der Westarbeit von der SPD zum Bürgertum statt. Dies war offensichtlich mehr noch dem Einschwenken der deutschen Sozialdemokratie auf den außen- und sicherheitspolitischen Kurs Adenauers als dem ge-

schmähten Godesberger Programm geschuldet. Insgesamt gerieten die Methoden der Westarbeit – deutlich nach dem Mauerbau – in eine Krise. Welche Ziele verfolgte die SED mit ihrer Infiltrationspolitik unter den veränderten Bedingungen? Reduzierte sich die nationale Frage auf die Absicherung des eigenstaatlichen Weges? Mit dem Stacheldraht quer durch Berlin schien sich die Tendenz einer innerdeutschen Schadensbegrenzung zu verstärken. Gab es deutsche „Schleichpfade“, die geeignet sein konnten, die konfrontative „Hauptstraße“ des innerdeutschen Verkehrs, der immer spärlicher floß, zu umgehen? Hier entstanden im deutschlandpolitischen Denken der SED-Führung und der Bundesregierung möglicherweise Parallelitäten. Aber welche Motive bewegten die Kontrahenten, vorsichtige Standortsondierungen vorzunehmen? Konfliktverschärfung und Deeskalation gingen ein bestimmtes, näher zu charakterisierendes Verhältnis ein. Versuchten Adenauer und die Bundesregierung in der Folge des Mauerbaus mit dem Politbüro in Kontakt zu treten? War der Bundeskanzler bereit, den Ideen des Globkeplans von 1959/60 und eines „Burgfriedens“ unter gewissen Bedingungen politische Gestalt zu verleihen? Die Berlinkrise wirkte auf verschiedene deutschlandpolitische Prozesse als Katalysator.

Ob der Zeitgeschichtler das Ende der Berlinkrise bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1962 sieht oder sich auf später festlegt, bleibt letztlich umstritten. Der Verfasser entschied sich für eine Zäsur, die, nicht an einem Ereignis fixierbar, im Sommer 1963 zu suchen ist. Der spektakuläre Besuch Kennedys im Juni 1963 und die laute Reaktion der Sowjetunion auf seine berühmte Rede bilden, international gesehen, einen letzten Höhepunkt und den Ausgang einer Krise, die auch Latenzphasen kannte. Zwar schien die akute Gefahr für den Frieden mit der Beilegung des Kuba-Konfliktes gebannt, doch existierte kein Automatismus, der den „Kampf um Berlin“ zwingend und zeitgleich mit dem Zwischenfall in der Karibik beendet hätte. Der Konflikt um Berlin dauerte Jahre und er hatte verschiedenartige Höhepunkte, die Kubakrise entstand kurzfristig und entlud sich eruptionsartig. Das erste Problem wurde letztendlich zwar entschärft, aber nur vorübergehend geregelt; das zweite durch eine Übereinkunft gelöst. In beiden Konflikten standen sich die beiden Supermächte gegenüber; im Falle Kubas allein, in Berlin die USA in der Gemeinschaft mit Franzosen und Briten. Das Ende der Berliner Krise ging relativ nahtlos in die Phase der Verhandlungen um das Atomtestabkommen über. Hier lohnt es sich, den Mechanismus des Übergangs von einer Spannungs- in eine Entspannungsphase, vor allem aber die Ursachen, Hintergründe und treibenden Kräfte des beginnenden Wandels näher zu untersuchen und mit anderen Situationen in der Nachkriegsgeschichte – etwa mit dem Übergang vom Korea-(und Vietnam-Krieg) zur Beruhigungsphase des Jahres 1955 – zu vergleichen. In welcher Qualität zeigte sich nach 1962 auf beiden Seiten Lernfähigkeit? Eine Zäsur für die Beendigung des Berlinkonflikts wird auch vom konkreten Untersuchungsgegenstand bestimmt. Die Berlinkrise war 1962 weder im kollektiven Bewußtsein der SED noch in ihrer Politik beendet. So sind die Maximalvorstellungen des Politbüros, die z. B. am 18. Juli 1963 gegenüber der Sowjetunion laut wurden, ein wichtiges Kriterium für die Persistenz des Konflikts zumindest bis zu diesem „Stichtag“ und für die deutschen Seiten.

Der Hauptteil der ungedruckten Quellen wurde den Aktenbeständen der Stiftung Archive der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR, Abteilung Zentrales Parteiarchiv der SED entnommen. Hier waren vor allem die Bestände des Internen Archivs, besonders die des Büros Ulbricht und des Politbüros von Interesse. Es handelt sich um die Zeugnisse der „Königsebene“ der Entscheidungsfindung und politischer Direktiven. Als besonders aufschlußreich stellt sich der Schriftverkehr zwischen Ulbricht und Chru-

schtschow bzw. zwischen dem Politbüro der SED und dem Präsidium der KPdSU dar. So fanden sich aussagekräftige Protokolle von Tagungen und internen Unterredungen zwischen Partei- und Staatsführern aus der DDR und der UdSSR, aber auch Mitschriften der Gespräche zwischen sowjetischen und westlichen Politikern. Die Berichte Ulbrichts an die sowjetische Führung sind zwar oft durch eine konkrete Absicht gefärbt; sie treffen aber weitgehend zu. Man übertrieb oder spielte herunter – je nach Interessenlage. Aber man sagte den führenden sowjetischen Genossen nicht die platte Unwahrheit. Das wäre angesichts der sowjetischen Kontrollmöglichkeiten auch vollkommen unsinnig gewesen. So ergibt sich ein Bild über die innenpolitische und wirtschaftliche Situation sowie über die Berlinpolitik der SED am klarsten anhand der Politbüroberichte nach Moskau. Die beratenden bzw. die Beschlüsse des Politbüros vermittelnden Ebenen, u. a. die Westabteilung und andere Abteilungen des ZK, die Westkommission beim Politbüro der SED, eine Reihe von Büros (u. a. Norden, Verner) sind durch Akten vertreten, die eher das politische Denken im Politbüro widerspiegeln als Aufschluß über Konzepte im Apparat und bei Funktionären der ZK-Ebene geben. Sie vermitteln aber einen guten Eindruck vom Mechanismus der Umsetzung von Führungsbeschlüssen. Beim Versuch, in die politische Welt und das Denken führender SED-Funktionäre einzudringen, erwiesen sich die gründlich durchgesehenen Nachlässe (u. a. von Ulbricht, Pieck, Grotewohl, Norden, Schwab, Nuding, Verner) vor allem deshalb als hilfreich, weil nachzuvollziehen ist, wer wann mit welchen die Ulbrichtsche Generallinie flankierenden, konkretisierenden und erweiternden Gedanken hervortrat. Die Akten aus den genannten Beständen, besonders die der Abteilung Internationale Verbindungen des ZK, lassen zum einen die administrative Widerspiegelung des berlinpolitischen Prozesses im Außenministerium erkennen, machen zum andern aber auch deutlich, über welch einen geringen Entscheidungsspielraum dieses weitgehend entprofessionalisierte Gremium tatsächlich verfügte. Es besaß im Berlinkonflikt offensichtlich nur beratende und ausführende Funktionen. Aufschlußreich sind verschiedene westliche Quellen, die z.T. eine Parallelüberlieferung der ostdeutschen Akten darstellen. Der Verfasser wertete vor allem die Bestände des im Bundesarchiv Koblenz archivierten Nachlasses von Heinrich v. Brentano aus. Den Zutritt zu den einschlägigen Akten gewährte ihm dankenswerter Weise Herr Michael v. Brentano, London. Brentanos Schriftwechsel, u. a. mit Adenauer, ermöglicht einen zusätzlichen Einblick in einen Berlinkurs, der das Gegenstück zur Politik der SED darstellte, aber auch – auf subtile und moderate Art – Unterschiede in den Auffassungen des Außenministers und des Bundeskanzlers verdeutlicht. Von allgemeiner Bedeutung – hier sind einschlägige Quellen überwiegend ausgewertet – sind eine Reihe von Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts, Bonn, und des Archivs der Stiftung Konrad-Adenauer-Haus, Rhöndorf. Auf die Vielzahl der in Westdeutschland veröffentlichten Quelleneditionen kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden. Der Autor gibt in den Fußnoten – soweit das möglich ist – die Herkunft bzw. den Urheber, die Bezeichnung, den Ausstellungsort, die Datierung und Adressaten des jeweiligen Aktenstücks an. Er verzichtet nicht auf vollständige Bezeichnungen und Titel, wenn dadurch ein Informationsgewinn entsteht.

KAPITEL 1

Die nationale Frage und die deutsche Wiedervereinigung nach der Verkündung der Zwei-Staaten-Theorie

1. Der Charakter und die Ziele der SED-Deutschlandpolitik nach 1955

Nach der Gründung der DDR im Oktober 1949 war es das Ziel der SED, Deutschland nach dem Muster der DDR wiederzuvereinen. Die „antifaschistisch-demokratische“ bzw. sozialistische Ordnung sollte, wenngleich das auch im Verständnis der SED nicht unmodifiziert und nicht stufenlos geschehen konnte, auf Westdeutschland übertragen werden. Bis 1951 (deutschlandpolitisch zäsurbildend war aus internationalen Gründen das Jahr 1952) versuchte die SED diese Aufgabe über eine Art von nationalem Kurzzeitprogramm zu lösen. Deutlich ab 1955, nach dem Verkünden der Zwei-Staaten-Theorie durch die UdSSR, erhielten die Wiedervereinigungsvorstellungen der SED den Charakter eines ideologisch geprägten Langzeitprogramms.¹ Irgendwann, natürlich mit Hilfe der Sowjetunion, des sozialistischen Lagers und aller „friedliebenden“ Menschen der Welt würde Deutschland, den Gesetzmäßigkeiten der Geschichte folgend – schließlich mache der siegreiche Weltsozialismus ja keinen Bogen um Westdeutschland – unter kommunistischem Vorzeichen geeint sein. Die Flucht aus dem Diesseits handfester Zweistaatlichkeit in einen transzendenten sozialistischen deutschen Einheitsstaat, soziale Endzeiterwartungen und Beschreibungen eines nationalen Zustandes nach Lösung des übergeordneten Weltenkonfliktes zwischen Sozialismus und Kapitalismus, stellten einerseits das Eingeständnis der SED dar, daß die nationale Kurzzeitvorstellung, die Einheit Deutschlands nach dem Bild der DDR auf der Basis einer „nationalen Front“ aller „friedliebenden demokratischen“ Kräfte in beiden Teilen des Landes unter Führung der SED zügig herstellen zu können, gescheitert war. Aber korrespondierte mit der ideologischen Langzeitvorstellung der SED nicht in gewisser Weise die zeitlich parallel entstehende Langzeitvorstellung der Bundesregierung? Die deutsche Wiedervereinigung mit Hilfe des westlichen Bündnisses schien nur über die Aufhebung der Spaltung Europas mit freiheitlichen Vorzeichen aussichtsreich. Unter den Bedingungen des fortdauernden Kalten Krieges war eine kurzfristige nationalstaatliche Wiedervereinigung in keiner Weise mehr möglich. Andererseits zwang der Rückzug aus der praktischen Einheitspolitik die SED zu einer noch

¹ Vgl. M. Lemke, Die deutschlandpolitischen Handlungsspielräume der SED innerhalb der sowjetischen Deutschlandpolitik der Jahre 1949–1955, in: G. Schmidt (Hg.), Ost-West-Beziehungen: Konfrontation und Détente 1945–1989, Bd. 2, Bochum 1993, S. 321–323.

stärkeren Einheitsideologie und -rhetorik. Der Druck zu dieser Agitation wuchs auch, weil die zahlreichen politischen Offerten der ostdeutschen Staatspartei nicht mehr „ernst“ gemeint, also ohne eigentliche politische Substanz waren und nur noch propagandistisch und in „nationaler“ Verbrämung an den Mann gebracht werden konnten. Ideologische Kampagnen und die sie begleitenden Versuche, die Konsolidierung in der Bundesrepublik durch Infiltration oder andere Mittel der Einflußnahme zu verhindern, liefen nach 1955 zunehmend ins Leere. Da die SED nicht in der Lage war, den erfolgreichen westdeutschen Stabilisierungsprozeß insgesamt in Frage zu stellen, versuchte sie ihn, wenigstens zeitweilig oder partiell zu behindern. Wenngleich es der SED nicht mehr um die Einheit Deutschlands, sondern vielmehr um Deutschlandpolitik als Instrument der Systemauseinandersetzung auf deutschem Boden ging, um Positionsverbesserungen für die SED gegenüber den Regierenden in der Bundesrepublik, blieb das plakative Bekenntnis zur deutschen Einheit eine *conditio sine qua non* für die eigenstaatliche Entwicklung und innere Stabilisierung der DDR. Da im Innern politische, mehr noch die erwünschten wirtschaftlichen Erfolge weitgehend ausblieben und die Hoffnungen der als „werktätige Massen“ apostrophierten Bürger auf eine durchgreifende Verbesserung ihrer Lebenssituation zumeist unerfüllt blieben, mußte die Führung der SED immer wieder auf die nationale und patriotische Drapierung ihrer Politik zurückgreifen. Das Bekenntnis zur deutschen Einheit war als legitimatorisches Element kommunistischer Herrschaft unverzichtbar. Die SED stellte sich und ihre Republik als die einzigen wahren Interessenvertreter des gesamten deutschen Volkes und als Gralshüter einer Einheit dar, die von einer imperialistischen Verschwörung reaktionärer Kräfte aus klassenegoistischen Gründen beseitigt worden sei und die nur unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei wieder hergestellt werden könne. Der nationale Anspruch wurde monopolisiert. Wenn die DDR und ihre führende Partei – so konnte man es seinerzeit aus den Verlautbarungen der SED herauslesen – wirtschaftlich, politisch und sozial noch nicht (überall) auf die großen Erfolge verweisen könne – woran ja im wesentlichen der „Klassengegner“ schuld sei – dann ließe sie sich doch in der Frage der Einheit der Nation von niemandem übertrumpfen. Die westdeutschen Politiker hätten zwar gewisse wirtschaftliche und politische Erfolge, kümmerten sich aber in Wahrheit nicht um die Wiedervereinigung und verrieten die Nation. In der Tat bot dieses Konstrukt einen Zugang zur politischen Wirklichkeit:

Konrad Adenauer, die Bundesregierung und eine Reihe wichtiger Parteipolitiker in der Bundesrepublik schrieben die Wiedervereinigung zwar keineswegs ab, sahen sich aber nicht in der Lage, im Kontext des Kalten Krieges eine auf dieses Ziel hinführende aktive Deutschlandpolitik zu entwickeln. So entstand für viele, die von der Bonner Spitze mehr erwarteten als die obligatorischen Sonntagsreden, der Eindruck, die Bundesregierung räume das deutschlandpolitische Feld, überließe das Thema Einheit dem Osten, verzichte letztendlich auf die Wiedervereinigung zugunsten der konsequent betriebenen Westintegration. Deutlich zeichnete sich ab, daß die deutsche Frage in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre immer weniger als Gegenstand der aktuellen Weltpolitik figurierte, und richtig blieb auch die zeitgenössische Beobachtung einer gerade für viele deutsche Intellektuelle befremdlichen Inaktivität Bonns, die freilich auch internationalen Entwicklungen geschuldet war. Zwar wurden weder der Alleinvertretungsanspruch und die im Dezember 1955 verkündete Hallsteindoktrin noch das Junktim zwischen europäischer Entspannung und Lösung der deutschen Frage aufgegeben. Hatten Adenauer und seine Parteifreunde nicht recht, wenn sie in der Entkopplung beider Faktoren die Gefahr sahen, daß die eigenen Verbündeten, käme die europäische Entspannung „vorzeitig“, jedes Interesse an der deutschen Einheit verlieren müßten?

Doch ging für die Bundesregierung, im Unterschied zur Führung der SED, von der deutschen Frage nach 1957/58 kaum mehr innenpolitischer Handlungsdruck aus. Beachtliche politische und wirtschaftliche Erfolge, die hohe Identifikation der Bevölkerung mit der Gesamtpolitik der Bundesregierung – allgemeinsten Ausdruck dafür waren die Ergebnisse der Bundestagswahl vom Herbst 1957 – die Verunsicherung der sozialdemokratischen Opposition, mehr aber noch der steigende Wohlstand breiter Bevölkerungskreise, die sich zunehmend spezifisch bundesdeutschen Problemen zuwandten, ließen die deutsche Frage in den „Wartestand“ rücken. Tiefgreifende strukturelle Veränderungen in der ökonomischen und sozialen Landschaft der jungen Republik, das Entstehen neuer Bedürfnisse (und von Möglichkeiten sie zu befriedigen) u.a.m. trugen zur Relativierung des Problems nach 1955 bei. Zudem machte die Westintegration nun sichtbar Fortschritte: Im März 1957 war die EWG in Rom aus der Taufe gehoben worden, und es zeigte sich, was von vielen bezweifelt worden war, auch für den westdeutschen Verbraucher handfeste „konsumierbare“ Ergebnisse. Der Ausgleich mit Frankreich schien geschafft, das leidige Saarproblem war gelöst; Westdeutschland schickte sich an, tatsächlich ein gleichberechtigtes Mitglied in der Gemeinschaft freier Völker zu werden, und es brachte sich in diese bereits als wirtschaftliche „Großmacht“ ein. So erhielt das Ziel der Einheit in der Bundesrepublik die Qualität einer längerfristigen politischen Aufgabe. Für Adenauer stellte es sich nach 1958 weniger als abstrakte Frage der Wiedervereinigung denn als Problem dar, wie man die unverändert schwierige Situation der Menschen in der DDR erleichtern könne.² Diese Entwicklung im Westen, weitgehend eine Erfolgsgeschichte, führte bei der SED zu immer neuem Erklärungsdruck, zwang sie, sich der Frage der eigenen Bevölkerung nach den Ursachen des westdeutschen Aufstiegs und des ostdeutschen Zurückbleibens zu stellen. Restaurationsthesen, die Fiktion einer verhängnisvollen Abhängigkeit Bonns vor allem vom amerikanischen Monopolkapital, die Vorwürfe von Remilitarisierung und Faschisierung Westdeutschlands u.a.m. überzeugten immer weniger; Bedrohungslegenden und Verschwörungstheorien verfielen bei einem Großteil der ostdeutschen Bevölkerung kaum mehr. Sie stießen auch in den Reihen der SED auf tiefen Zweifel. Argumente, selbst wenn sie im Detail stimmten und ostdeutsche Befürchtungen, so ehrlich sie im einzelnen gemeint sein mochten, brachten die „Volksmassen“ nicht im eigenen Machtbereich und schon gar nicht im westdeutschen gegen Bonn in Bewegung. Sie erzeugten im Gegenteil Unlustgefühle und politische Verdrossenheit, nicht selten auch Hämie. Das ständige Wiederholen von „parteilichen“ Litaneien trug überdies nicht zum Entstehen von Glaubwürdigkeit bei. Selbst in den mit großem Aufwand betriebenen offensiv geführten ideologischen „Großoffensiven“ der SED, vor allem den Propagandakampagnen gegen mißliebige Verhältnisse und Personen in der Bundesrepublik, zeigte sich bei allem aufgeregten Aktionismus die Defensivposition der kommunistischen Führung. Sie wich noch 1955 stärker als zuvor auf die patriotische Drapierung ihrer Deutschlandpolitik aus, bemühte die Formel der Einheit auf eine agitatorische Art und Weise. Die Defensivposition resultierte in erster Linie aus der unbefriedigenden inneren Situation. Zielen verschiedene Aktionen auch auf den „Klassengegner“ im Westen, so war die Deutschlandpolitik von der SED insgesamt doch als ein innerer stabilisierender Faktor konzipiert worden, der als eine Art „Umweg“ über den Westen funktionierte, wenn er funktionierte. Zum einen galt es der Ostberliner Führung, über den Mechanismus pausenloser Invektiven und Diffamierungen, die politische, vor allem aber moralische Rechtmäßigkeit der kommunistischen Herrschaft zu beweisen. Dabei nahm

² Vgl. H.-P. Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967, Stuttgart 1991, S. 480.

der „Antifaschismus“, betrachtet man die Kampagnepolitik der SED nach 1958 unter dem Gesichtspunkt eines vorrangig ideologischen Krisenmanagements,³ eine zentrale Position ein. Die in den schwärzesten Farben gemalte Entwicklung in der Bundesrepublik gab letztendlich die dunkle Kontrastmasse zum „lichten Aufbau“ des Sozialismus in der DDR ab. Zum anderen motivierten Parteiführung und Regierung innenpolitische Handlungen mit als Unrecht dargestellten politischen Entscheidungen der Bundesregierung: Man habe bestimmte, in der DDR unpopuläre, Maßnahmen nicht gewollt, sei aber durch Bonn dazu gezwungen worden. Die Schuld sei eben dort zu suchen. Dies müßten die „Werk tätigen“ in der DDR verstehen. Repressive Maßnahmen und Unrechtshandlungen suchte die SED weiterhin aus den „Notwendigkeiten“ des Kalten Krieges abzuleiten.⁴ Diese Begründungsstereotypen wirkten nur über ein ideologisches Instrumentarium, und sie entfalteten nur unter der Bedingung von antagonistischer Zweistaatlichkeit Einfluß. Sie schienen nur glaubhaft, wenn sie sich auf das Postulat der Wiedervereinigung stützten, hinter der zwar die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, aber nicht mehr die Führung der SED stand. Auf die populäre Wiedervereinigungsformel konnte sie auch nach 1955 noch nicht verzichten. Diese bot eine politische Chance, implizierte, wenn die SED von der eigenen Bevölkerung beim Wort genommen wurde, aber auch unübersehbare Risiken. Konnte die nationale Frage noch zu einem „Schleudersitz“ für das Politbüro werden? Mußte es, gezwungen, an der „Einheit“ formell festzuhalten, nicht probate Mittel und Wege finden, um das eigene Staatsvolk schrittweise vom Ziel der Wiedervereinigung und von gesamtdeutschen Hoffnungen abzubringen? Welche Rolle konnten im Verständnis der SED-Eliten dabei ideologische Langzeitvorstellungen, nationale und soziale deutsche Perspektiven, aber auch propagandistische Programme und politische Maßnahmen spielen, die in eine Beziehung zu den tatsächlichen Zielen der SED gesetzt werden mußten?

Für die Führung der SED stand der eigenstaatliche Weg unwiderruflich fest. Die davon abgeleitete außenpolitische Hauptaufgabe, die Erringung der weltweiten Anerkennung der DDR, ordnete sich dem Ziel der inneren Stabilisierung des realsozialistischen Staates unter. Es existierten aber gerade bei dogmatischen Kräften in der Parteiführung, vor allem, weil diese der marxistisch-leninistischen Ideologie verhaftet waren und Erfahrungen bereits in den gesamtnationalen Auseinandersetzungen der Zeit vor 1933 gesammelt hatten, weiterhin Vorstellungen über Deutschlands Zukunft. Politbüromitglied Hermann Matern – ein Doktrinär – argumentierte durchaus noch weltrevolutionär: „Wenn ganz Deutschland auf dem Weg zum Sozialismus ist, dann ist das Problem in Frankreich auch sehr leicht zu lösen, dann ist das Problem in Italien leicht zu lösen (...) Und die kleinen Länder, die dazwischen liegen, nun, die werden mitgerissen. Höchstens würden wir die Schweiz als kapitalistisches Museum bestehen lassen.“⁵ Solche Endzeiterwartungen gehörten sicherlich zum intellektuellen Standard einer Reihe hoher SED-Funktionäre, waren in gewisser Weise habitualisiert geworden.

³ Vgl. M. Lemke, Kampagnen gegen Bonn. Die Systemkrise der DDR und die West-Propaganda der SED 1960–1963, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte [VfZ], 1993, Nr. 2, S. 160ff.

⁴ Vgl. H. Weber, Der Kalte Krieg und die DDR, in: Deutschland im Kalten Krieg 1945–1963. Eine Ausstellung des Historischen Museums 28. 8.–24. 11. 1992 im Zeughaus Berlin, Ausstellungskatalog, Berlin 1992, S. 45.

⁵ Referat H. Materns, Stenographisches Protokoll der Aussprache mit Genossen H. Matern in Leipzig-Markkleeberg, 14. 9. 1958, in: Stiftung Archive der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (im folg.: SAPMO-BArch), Zentrales Parteiarchiv der SED (im folg.: ZPA), IV 2/1001/138, Bl. 9.

Zwischen 1956 und dem Mauerbau traten jedoch – aus taktischen Gründen – öffentliche Äußerungen über eine sozialistische Perspektive Gesamtdeutschlands zurück. Diese Rücknahme resultierte freilich auch aus der Erkenntnis Ulbrichts und der engeren Führung, daß der Einheitsstaat zu östlichen Bedingungen in absehbarer Zeit nicht zu erreichen sein würde, letztendlich – wenn er die Herrschaft der SED in Frage stellte –, eben auch nicht gewünscht werden konnte.

Die „partei feindliche“ Gruppe um Karl Schirdewan und Ernst Wollweber, die von Ulbricht immer als persönliche Konkurrenten beargwöhnt worden waren, wurde auch deshalb entmachtet, weil sie das Tempo des sozialistischen Aufbaus zugunsten einer offensichtlich von ihnen ernstgenommenen Wiedervereinigung drosseln wollten. Der für die Westarbeit verantwortliche Paul Verner, Sekretär des ZK der SED, erklärte dem Plenum der 9. Tagung des ZK der KPD am 11. Mai 1958, daß Schirdewan „und einige andere Genossen“ die Frage, ob die friedliche und demokratische Wiedervereinigung „unter den Bedingungen der konsequenten Fortführung des sozialistischen Aufbaus“ in der DDR möglich sei, verneint hätten. „Sie gingen davon aus, daß es notwendig sei, mit der sozialistischen Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik kurz zu treten, sozusagen Gewehr bei Fuß zu stehen, damit die Möglichkeiten der Wiedervereinigung Deutschlands nicht verschüttet werden.“⁶ Ging es hier wirklich um die nationale Problematik? Ernst Wollweber, dessen MfS bereits stark in die Westarbeit eingebunden war, wurde mit dem Vorwurf der „fälschen Orientierung des MfS nach Westdeutschland“⁷ konfrontiert. Oder spielte sich der interne Machtkampf lediglich unter einer deutschlandpolitischen Decke ab? Aufschlußreich ist die undifferenzierte Retrospektive Ulbrichts, daß „die ganze Auseinandersetzung mit den partei feindlichen Gruppen“ zusammengehangen habe „mit der nationalen Frage und der Perspektive, wie soll die nationale Frage gelöst werden.“ Diese Gruppen hätten nicht verstanden, daß nach 1952 die Vorschläge für freie Wahlen „nicht mehr aufrecht erhalten werden konnten, da eine neue Situation eingetreten war.“ (Ursprünglich hieß es im Redetext nach dem Passus „freie Wahlen“: „abgelehnt werden mußten“.) Das sei, so Ulbricht, die Zeit der Pariser Verträge (1954/55) gewesen. „Das war für uns deshalb kompliziert, weil wir in dieser Zeit den Sozialismus aufbauten und dabei noch Wiedergutmachungen durchführten. Berija (Mitglied des Präsidiums des ZK der KPdSU, sowjetischer Innen- und Sicherheitsminister – M. L.) war gegen die Entwicklung des Sozialismus in der DDR. Er war für die Rückkehr des Kapitalismus, also die Auseinandersetzung ging um Fragen der Weltpolitik.“⁸ Im Fall Schirdewans fielen „nationale“ Gründe und die von Ulbricht abgelehnte Entstalinisierung zusammen. Das verdeutlichte der Kotau Schirdewans: „Ich unterstützte die herangereiften Voraussetzungen für die Beschleunigung des sozialistischen Aufbaus in der Deutschen Demokratischen Republik und damit die realen Bedingungen für die allseitige Vorwärtsführung der sozialistischen Umwälzung auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens. Dadurch vertrat ich praktisch eine Konzeption des Selbstlaufes, der Verlangsamung des Sozialismus“, schrieb der „Delinquent“ an das Politbüro. Aber er „bereute“, daß er sich „für eine mechanische und dem Wesen nach opportunistische Übertragung von Beschlüssen des XX. Parteitages der KPdSU auf unsere Bedingungen ein[setzte]“ und „opportunistische Schlußfolgerungen hinsichtlich

⁶ Diskussionsrede, in: ebenda, NL 218/39, Bl. 212.

⁷ Disposition Verners: „Bericht über 35. Plenum“, Februar 1958, in: ebenda, NL 281/39, Bl. 105.

⁸ „Niederschrift über die Ausführungen des Genossen Walter Ulbricht“. Beratung der Blockparteien am 21. 11. 1961, in: ebenda, IV 2/15/25, S. 9.

der weiteren Festigung der sozialistischen Demokratie und der Staatsmacht der Arbeiter und Bauern“ gezogen habe.⁹

Ob die in Ostberlin Verantwortlichen an eine sehr ferne und sehr verschwommene Perspektive eines sozialistischen Gesamtdeutschland dachten oder diesen Zukunftsstaat eher mit dem harmlosen Prädikat „friedliebend“ und „demokratisch“ versehen wissen wollten, blieb zumindest praktisch ohne Relevanz. Konsens und Norm bildete in der gesamten Parteiführung die Auffassung von der unbedingten Notwendigkeit, die DDR im Zusammenhang mit dem sozialistischen Aufbau zu stärken. Dabei konnte offen bleiben, ob für die einen die Stärkung der Republik die wichtigste Voraussetzung für die Wiedervereinigung nach dem Modell DDR sein sollte, oder für die anderen mehr die entscheidende Bedingung für fortdauernde Eigenstaatlichkeit. Der sich immer besonders „national“ gebende Ministerpräsident Otto Grotewohl wies die Botschafter der DDR bereits Anfang 1956 auf die „Loseisung der Deutschlandfrage von den verschwommenen Begriffen einer allgemeinen Verbrüderung und Vereinigung auf jeden Fall“ hin. Eine Wiedervereinigung gebe es nur, merkte er kühl an, „wenn die Errungenschaften der DDR dabei nicht angetastet werden.“¹⁰ Matern ließ keinen Zweifel daran aufkommen, daß die SED den Sozialismus in der DDR vollenden und „nicht einen Monat im sogenannten Interesse der Einheit Deutschlands stillhalten [werde]“. Sozialismus vor Einheit, so lautete der Grundsatz. Hatte die Ordnung auch eindeutig Priorität, ließ sie sich in den Augen Materns doch mit dem „nationalen“ Ziel vereinbaren: „Der sozialistische Aufbau bei uns ist der stärkste Hebel und der richtige Weg zur Herstellung der Einheit Deutschlands als eines friedliebenden, demokratischen Staates.“¹¹

Zu den ideologischen Konstanten der kommunistischen Deutschlandpolitik gehörte auch nach 1955 die These, daß die nationale Frage der sozialen stets untergeordnet und in Deutschland schon deshalb „Klassenfrage“ sei, weil die deutsche Monopolbourgeoisie unter Mithilfe der SPD Westdeutschland „zum Zweck der Aufrechterhaltung der Herrschaft der Monopole“ abgespalten habe.¹² So sahen es auch KPdSU und sowjetische Regierung.¹³ Unverändert blieb auch die Auffassung von der DDR als einzig rechtmäßigem deutschen Staat, weil nur hier das Potsdamer Abkommen durchgeführt worden sei, „während Westdeutschland ein Satellitenstaat der USA wurde“, wie Ulbricht am 11. 7. 1960 an den Staatssekretär im DDR Außenministerium, Otto Winzer, schrieb.¹⁴ Aber auch in den Leitungen der Blockparteien hatte sich die Auffassung durchgesetzt, daß man, wie es der Vorsitzende der NDPD, Außenminister Lothar Bolz, bemerkte, zwar die Existenz der Bundesrepublik, „nicht aber ihre Rechtmäßigkeit“ anerkenne. „Die Gegenwart unserer Republik jedoch“, so erklärte er prosaisch, „ist die Zukunft Deutschlands, ist das Morgen unserer Zeit, in der Gebot und Erfordernis unserer und zukünftiger Generationen auch für Deutschland Gestalt gewinnen“. Die historische Legitimation der Republik „gründet sich auch auf ihr Verhältnis zur deut-

⁹ (Zweites) Schreiben Schirdewans an das Politbüro, 15. 4. 1959, in: ebenda, J IV 2/202/4, S. 1.

¹⁰ Stenographische Niederschrift der Botschafterkonferenz in Berlin, 1./2.2.1956, in: ebenda, J IV 2/201/429, Bl. 5.

¹¹ Stenographische Niederschrift der Sitzung des Demokratischen Blocks, 24. 2. 1958, in: ebenda, IV 2/15/23, S. 10.

¹² Vorlage der Westkommission: „Konferenz mit sozialdemokratischen Genossen anlässlich der Leipziger Frühjahrsmesse“ (1962), in: ebenda, IV 2/1002/148, Bl. 254.

¹³ Memorandum der Sowjetregierung an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, 3. 8. 1961, in: ebenda, J IV 2/202/76.

¹⁴ Schreiben Ulbrichts an Staatssekretär O. Winzer, 11. 7. 1960, in: ebenda, J IV 2/202/182, Bd. 1.

schen Vergangenheit“.¹⁵ Schwieriger gestaltete sich für die SED die Aufgabe, den Bündnispartnern unter der Bedingung einer in die Politik hineinwirkenden offenen Einheitsfrage vor allem mit Blick auf Westdeutschland zu erklären, was denn im Sinne ostdeutscher Wiedervereinigungspolitik bislang erreicht worden war und wie es nun weitergehen sollte. Dabei wurden bei Ulbricht auf einer Sitzung des Demokratischen Blocks selbstkritische Töne laut. Man habe das Ziel der ersten Etappe, in ganz Deutschland die „antifaschistisch-demokratische“ Ordnung zu errichten, letztlich nur im Osten erreicht. Die Konsequenz aus der Spaltung des Landes sei, „daß die DDR ihre Aufgabe als Friedensstaat nur erfüllen kann, wenn sie Überlegenheit erreicht“. Der Ausgangspunkt, so fuhr der 1. Sekretär des ZK der SED fort, „war richtig, obwohl nicht alle Fragen richtig offen ausgesprochen und zu Ende ausgesprochen wurden, weil wir eine gewisse taktische Manövierrmöglichkeit brauchen im komplizierten Kampf um die Wiedervereinigung Deutschlands.“¹⁶ In der Tat waren Strategie und Taktik der SED, zumindest für den Beobachter des aktuellen Geschehens, schwer auseinanderzuhalten. Dennoch blieb ein Zugang zur Wahrheit offen: Verglich man die „nationalen“ Aufgaben, deren Lösung angeblich zur friedlichen demokratischen Einheit führen sollten, sowohl mit den erreichten Ergebnissen kommunistischer Deutschlandpolitik als auch mit dem nationalen und patriotischen Anspruch der SED, fielen gravierende Defizite und Widersprüche auf. In der täglichen Praxis nahm die SED z. B. ihre Lippenbekenntnisse zu nationalen Gemeinsamkeiten, einer gesamtdeutschen Begegnung und Zusammenarbeit ständig zurück. Sie erschwerte nach 1955/56 u. a. den Reise- und Postverkehr erheblich, kappte die Telefonkabel zwischen den beiden Teilen Berlins, verbot den kleinen Grenzverkehr und baute das „Grenzsicherungssystem“ aus. Die „nationalen Aufgaben“ reflektierten tatsächlich die Ziele der Sowjetunion zur Absicherung ihres machtpolitischen Status quo. „Weg mit dem Militarismus, für einen Friedensvertrag, für ein friedliches und militärisch neutrales Deutschland“, lautete eine griffige Losung.¹⁷ Vor allem nach 1957 sah man die „Lösung der nationalen Frage“ in der „Bändigung des deutschen Militarismus“, im Kampf gegen die Atomrüstung, in der Beseitigung der „klerikalfaschistischen Diktatur“ – natürlich in Westdeutschland. Diese „nationalen“ Aufgaben wurden mit „Offensiven zur Popularisierung der DDR“, Kampagnen gegen tatsächliche oder vermeintliche Nationalsozialisten im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik, mit infiltrierenden Maßnahmen, Konterpropaganda u. a. m. verbunden.¹⁸ Das allgemeine Feindbild hieß Bundesrepublik, das besondere CDU: „Der Hauptstoß muß gegen die Adenauer-CDU geführt werden [. . .]. Die CDU ist die Hauptverantwortliche für die Vertiefung der Spaltung Deutschlands.“¹⁹ Daneben wurden ständig anti-nationale Gegner entdeckt. Insgesamt erhielt die Parole von der Wiedervereinigung die Funktion eines Transportmittels für unterschiedlichste Ziele und politische Ambitionen der SED-Führung. Der Einheitsgedanke, mit diversen anderen Themen überfrachtet, verzerrte sich bis zur Unkenntlichkeit, während Deutsche in Ost und West, die versuchten, von der

¹⁵ Referat von Bolz auf der 63. Hauptausschußtagung der NDPD, 16./17. 1. 1961, in: ebenda, IV 2/15/85, S. 26f., 29.

¹⁶ Stenographische Niederschrift der Sitzung des Demokratischen Blocks, 26. 1. 1960, in: ebenda, IV 2/15/24, S. 37.

¹⁷ Beschluß des Politbüros, Anlage 2 zum Protokoll 23/61, 30. 5. 1961, in: ebenda, J IV 2/2/765, Bl. 59.

¹⁸ Arbeitsplan für den Sektor (des ZK) Gesamtdeutsche Fragen im 2. Halbjahr 1959, in: ebenda, IV 2/2028/6, S. 1–4.

¹⁹ Stenographische Niederschrift der Rede Verners auf der Konferenz mit den Bezirkssekretären der Nationalen Front, 8. 2. 1957, in: ebenda, NL 281/37.

SED schwer zu kontrollierende Kontakte zueinander herzustellen und Einheit und Solidarität im kleinen üben, behindert wurden. Die Initiativen unabhängiger Geister fanden, wenn sie nicht auf der kommunistischen Linie lagen, bei der SED keine Resonanz. Sie machten nur dann künstlich Furore, wenn sie sich für die Partei propagandistisch nutzen ließen.²⁰

Auch hier zeigte sich die innenpolitische Dimension der SED-Deutschlandpolitik als dominant. So sollten Vorschläge an die Bundesregierung stärker herausgestellt und die Bereitschaft der DDR, dem Westen Kohle, Stahl, Textilien u.a.m. abzunehmen, als Zeichen von innerdeutscher Gesprächsbereitschaft der SED propagiert werden.²¹ Es standen aber vor allem wirtschaftliche Zwänge dahinter. Wenn die Bundesregierung – die Forderung nach freien Wahlen in der DDR und die Weigerung, mit Ulbricht zu verhandeln, ständig wiederholend – ostdeutsche Offerten nicht genügend auf ihren politischen Gehalt hin prüfte, brachte sie sich möglicherweise um Chancen, das innerdeutsche Verhältnis zu entkrampfen. Freilich wäre sie bald an prinzipielle Grenzen gestoßen. Sicherlich spielte der konfrontative Zeitgeist eine Rolle, der die Bundesregierung sowohl Risiken scheuen ließ als sie auch zu repressiven Überreaktionen gegenüber Parteigängern der SED im Westen und anderen deutschlandpolitischen Oppositionellen veranlaßte. „Die Bonner Deutschlandpolitik der frühen Zeit wird erst verständlich, wenn man sich der Heidenangst erinnert, die damals vor dem ‚Osten‘ herrschte. Der Generalsekretär der SED wäre heilfroh gewesen, wenn er eine auch nur halb so tüchtige Partei gehabt hätte, wie man im Westen annahm“²², meint Peter Bender ironisierend, aber zutreffend. Verschiedene Angebote der DDR, z. B. alle arbeitslosen westdeutschen Arbeiter in der DDR aufzunehmen²³, trugen zudem auch demagogischen Charakter, sollten gesamtdeutschen Beifall auslösen. Allerdings waren sich Politbüro, ZK und die hier mit der Westarbeit befaßten Gremien²⁴ über die inneren und äußeren Hemmfaktoren einer nach Westen gerichteten „legitimistischen“ Deutschlandpolitik, die zumindest auf partielle Zustimmung bei einigen politischen und sozialen Gruppen in beiden Teilen des Landes angewiesen blieb, im klaren. Da war das anhaltende Problem der Republikflucht, die sich nicht stoppen ließ und da blieb das Image der DDR als diktatorischer Staat, der die Menschen- und Bürgerrechte mißachtete. „Wir müssen aus der Lage herauskommen“, erregte sich Ulbricht am 23. 1. 1958 auf einer Blocksitzung, „daß fortschrittliche Menschen in Deutschland die DDR danach beurteilen, wieviel Leute bei uns im Jahre verhaftet werden unter den Bedingungen des Klassenkampfes und der NATO-Politik in Westdeutschland“.²⁵ Gerade nach 1957/58, als auch die Sowjetunion Nikita Chruschtschows die DDR als ein „Schaufenster“ des Sozialismus nach Westen auszubauen versuchte, kam man im Politbüro nicht umhin, wieder stärker „magnettheoretisch“ zu denken. Insbesondere Ministerpräsident Otto Grotewohl sah die Notwendigkeit, die „Werk tätigen“ Westdeutschlands anzuziehen, und er zog auch ins Kalkül, „daß jede unserer Maßnahmen und Handlungen auf ganz Deutschland wirkt.“²⁶

²⁰ Vgl. M. Lemke, Von der SED eingespannt, in: Die politische Meinung, 1991, Nr. 261, S. 25–30.

²¹ Beschluß des Politbüros: „Zur Weiterführung der Wahlbewegung“, Anlage zum Arbeitsprotokoll 43/58, Sitzung vom 21. 10. 1958, in: SAPMO-BArch, ZPA, J IV 2/2A/660.

²² P. Bender, Adenauer, Erhard, Kiesinger und die DDR, in: Die Zeit, 11. 6. 1993.

²³ Vgl. Beschluß des Politbüros: „Zur Weiterführung der Wahlbewegung“ (wie Anm. 21).

²⁴ Hier vor allem die 1958 ins Leben gerufene Westkommission beim Politbüro und die Westabteilung des ZK der SED.

²⁵ Stenographische Niederschrift der Sitzung des Demokratischen Blocks, 23. 1. 1958, in: SAPMO-BArch, ZPA, IV 2/15/23, S. 51.

²⁶ Redemanuskript Grotewohls für die 2. Tagung des ZK der SED, 18./19. 9. 1958, in: ebenda, NL 90/238, Bl. 142.

Ursprünglich von der nationalen Idee und der Notwendigkeit einer deutschen Wiedervereinigung erfüllt, hatte sich der mit patriotischem Pathos agierende Politiker, aus der nationalen Tradition der SPD kommend, schnell dem Kurs Ulbrichts auf eine eigenstaatliche Entwicklung der DDR und damit der sowjetischen Interessenlage angepaßt. In seiner Rededisposition zur 2. Tagung des ZK der SED im September 1958 ging Grotewohl davon aus, daß die Hauptfrage die Erhaltung des Friedens sei: „Deutschland ist nicht der Nabel der Welt, die Lösung der Deutschlandfrage kann die Entspannung fördern, aber sie ist nicht das Hauptglied zur Lösung internationaler Spannungen“.²⁷ Damit befand er sich, wenngleich er linientreu auf eine Entwertung der Wiedervereinigung hinarbeitete, nicht im Irrtum. Da die UdSSR und ihr ostdeutscher Satellitenstaat seit Anfang 1954 die Formel von gesamtdeutschen Wahlen fallengelassen und das mit der Aussage verbunden hatten, daß die Wiedervereinigung nicht mehr Angelegenheit der Alliierten, sondern allein ein Problem beider deutscher Staaten sei, wehrte sich die SED-Führung vehement gegen jede Kopplung der deutschen Frage an die europäische Sicherheit. Als im Februar 1961 in Warschau eine Ost-West-Konferenz über europäische Sicherheitsprobleme stattfinden und auch die SED dafür einen Beitrag liefern sollte, klammerte Ulbricht den im Entwurf enthaltenen Passus, daß die „endgültige Lösung“ der europäischen Sicherheitsproblematik in der Wiedervereinigung Deutschlands liege, aus. Auch die bislang akzeptierte Formel, „daß die zur Einheit führenden Mittel und Wege den Deutschen selbst innerhalb eines Rahmens überlassen werden, dem die USA, die UdSSR, Frankreich und Großbritannien zustimmen und der von ihnen garantiert wird“²⁸, strich er ersatzlos. Damit schien ein zwischen 1954/1955 und 1961 geschriebenes deutschlandpolitisches Kapitel abgeschlossen worden zu sein. Es gipfelte in der faktischen Absage der 30. Tagung des ZK der SED (30. Januar–1. Februar 1957) an die deutsche Einheit. Insgesamt entstand für die SED die Frage, wie sie angesichts des innerdeutschen Antagonismus und der Schwächen des diktatorischen Systems in der DDR das Kunststück vollbringen sollte, den intern aufgegebenen gesamtdeutschen Anspruch mit dem in der Öffentlichkeit im wesentlichen noch aufrechterhaltenen Postulat der Wiedervereinigung und das wiederum mit dem unbedingten Ziel staatlicher Eigenständigkeit der DDR zu verbinden. Sie mußte vor der Bevölkerung einen Wert verteidigen, der nicht mehr der ihre war und eine „patriotische“ Ware an ein Volk verkaufen, dem man gleichzeitig zu verstehen geben wollte, daß diese eigentlich nichts mehr taugte. Gleichzeitig mußte die Ware so verpackt sein, daß sie auch im Westen, hier vor allem auf der Ebene von Bundesregierung und Bundestag, zunächst einmal optisch ansprach und Veranlassung gab, in der Öffentlichkeit diskutiert, und von den „Massen“ angenommen zu werden. Versprach der Konföderationsplan der SED, der die deutschlandpolitische Diskussion in den Jahren nach 1957 nachhaltig beeinflusste, das zu leisten?

2. Das Konstrukt einer deutschen Konföderation

Am 29. Dezember 1956 hatte das Politbüro der SED auf der Grundlage eines Entwurfes von Paul Verner²⁹, dem Leiter der Westabteilung im ZK, den Plan einer deutschen Konföderation verabschiedet. Die Grundidee stammte von Bundesfinanzminister Fritz Schäffer, der sich mit

²⁷ Disposition der Rede für die 2. Tagung des ZK der SED. Vgl. ebenda, B. 4.

²⁸ Entwurf: „Europäische Sicherheit“, Februar 1961, in: ebenda, NL 182/1300, Bl. 23.

²⁹ Entwurf: „Zur Wiedervereinigung Deutschlands zu einem friedlichen und demokratischen Staat“. Arbeitsprotokoll 66/56, Sitzung des Politbüros vom 29. 12. 1956, in: ebenda, J IV 2/2A/541.

Wissen Adenauers über die Vermittlung des Münchener Verlegers Hans Kampfinger im Frühjahr 1955 mit dem NDPD-Funktionär, Generalleutnant Vincenz Müller, Chef des Stabes der KVP/NVA, des späteren stellvertretenden Verteidigungsministers der DDR, insgeheim nahe Passau getroffen³⁰ und der den Kontakt unter Einbeziehung des sowjetischen Botschafters in Ostberlin Georgi M. Puschkin (Gespräch am 21. Oktober 1956) fortgesetzt hatte.³¹ Sowohl beim bayerischen Treffen am 11. Juni 1955 als auch bei der zweiten Begegnung am 20. Oktober 1956 in Ostberlin hatte Schäffer die Idee geäußert, eine Konföderation beider deutscher Staaten „im Sinne der Zusammenarbeit der Benelux-Staaten“ herzustellen, die zwischendeutschen Beziehungen mit diesem Ziel zu intensivieren, auf jede Gewaltanwendung und alle Atomwaffen zu verzichten, die beiderseitigen Streitkräfte entsprechend der Bevölkerungszahl zu begrenzen und einen Austritt aus den Militärblocken in Betracht zu ziehen. Ulbricht, der den Kontakt am 13. März 1957 durch das Mitglied des Hauptvorstandes der NDPD Otto Rühle bei Schäffer in dessen Bonner Ministerium weiterführen ließ, wußte, daß Adenauer über den Vorgang informiert war.³² So waren sich beide deutsche Rivalen nicht nur über die Fühlungnahme, sondern auch über ihr gemeinsames Wissen im klaren. Auch aus diesem Grunde bot der Bonner „Testballon“ der SED einen Ansatzpunkt für verschiedene detaillierte Konföderationsvorschläge, die auch im Interesse der Bundesregierung zu liegen schienen. Die vom Politbüro vorgeschlagene Truppenbegrenzung (DDR: 80–90 000 Mann, Bundesrepublik: 110–120 000) und ein Verzicht auf Atomwaffen, mehr noch die Schaffung eines Paritätischen Gesamtdeutschen Rates als „Organ der Vereinigung Ost- und Westdeutschlands auf der Grundlage der Konföderation“, machten – sieht man von Paritätsfragen einmal ab – zumindest auf den ersten Blick einen Sinn. „Da der Gesamtdeutsche Rat die Funktion der Regierung der deutschen Konföderation ausübt“, so stellte man es sich im Ostberliner Parteihaus vor, sollten die Vorbereitungen zur Wiedervereinigung in der Kompetenz dieses Rates liegen. Das betreffe „die Herstellung einer einheitlichen administrativen Leitung in Deutschland, besonders zur Schaffung einer Zoll- und Valuta-Union, einer Koordinationskommission für Fragen der nationalisierten Industrie, weiter die Schaffung einer einheitlichen Notenbank, einer einheitlichen Währung, eines einheitlichen Transport- und Nachrichtenwesens u.a.m. Der Gesamtdeutsche Rat sollte „freie gesamtdeutsche Wahlen“ vorbereiten.“³³

Für die Durchsetzung einer schrittweisen Wiedervereinigung über den Mechanismus der Konföderation befand das Politbüro „bestimmte äußere und innere Vorbedingungen“ als unbedingt notwendig. So verlangte es die Neutralisierung Deutschlands, die Überwindung der „militärischen, revanchistischen und faschistischen Kräfte“ und die „Entmachtung des Monopolkapitals“ in Westdeutschland, die Überführung der Schlüsselindustrien in Volkseigentum, eine Boden- und eine Schulreform nach dem Vorbild der SBZ/DDR u.a.m.³⁴ Diese Forderungen, die darauf hinausliefen, die parlamentarische durch eine „antifaschistisch-demokratische“ Ordnung, also durch das Modell DDR, zu ersetzen, implizierten eine für die Bundesregierung unter keinen Umständen akzeptable Systemveränderung; sie führten die

³⁰ Vgl. F. J. Strauß, *Die Erinnerungen*, Berlin 1989, S. 188.

³¹ Vgl. H. J. Küsters, *Und grüß mich nicht unter den Linden*, in: *Die Welt*, 27. 7. 1991.

³² Information für Ulbricht, undat., in: SAPMO-BArch, ZPA, NL 182/1312, Bl. 313.

³³ Vorlage (Endfassung): „Über die Wiedervereinigung Deutschlands zu einem friedliebenden demokratischen Staat“, Beschluß des Politbüros, Anlage 4 zum Protokoll 66/56, 29. 12. 1956, in: ebenda, J IV 2/2/520, Bl. 15.

³⁴ Ebenda, Bl. 9, 14.